

## **Kleine Anfrage 3923**

des Abgeordneten Péter Vida (fraktionslos)

an die Landesregierung

### **Mitwirkung der Öffentlichkeit bei öffentlichen Anhörungen**

Gemäß der „Richtlinie 2002/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Juni 2002 über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm - Erklärung der Kommission im Vermittlungsausschuss zur Richtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm“ wird in vielen Gemeinden und Städten ein Lärmaktionsplan (LAP) erstellt. Da das ein alle Bürger berührendes Problem ist, sollten hier auch alle interessierten Bürger mit einbezogen werden, um ihre Hinweise und Anregungen zu geben. Es verstetigt sich jedoch der Eindruck, dass oft wenig transparent hinsichtlich der Beteiligung der Öffentlichkeit und ebenso in der Berichterstattung an die Landesregierung mit Weitergabe an die EU-Kommission gehandelt wird.

Ich frage die Landesregierung:

1. Genügt die Beratung in gemeindlichen Gremien den Anforderungen nach Mitwirkung der Öffentlichkeit/Protokoll der öffentlichen Anhörung(en) gemäß Anhang V1.(7) RL 2002/49/EG oder muss die Öffentlichkeit ortsüblich eingeladen werden?
2. Was unternimmt die Landesregierung falls entsprechende Bestimmungen zur Mitwirkung der Öffentlichkeit umgangen werden?
3. Welche Rechtsfolgen ergeben sich für die Wirksamkeit z.B. eines LAP, wenn die Öffentlichkeit nicht explizit eingeladen worden ist?